



Platz des Landtags 1 - 40221 Düsseldorf
Tel. 0211-8844422 - Fax 0211-8843632
eMail: fdp-pressestelle@landtag.nrw.de

Pressesprecherin Wibke Op den Akker
Tel. 0211-8842271 und 01776162560

Stellv. Pressesprecherin Nadja Kremser
Tel. 0211-8844466 und 01784567732

MedienINFO 300 – Donnerstag, 20. Oktober 2011

Auswirkung der Banken- und Finanzkrise auf NRW

Freimuth: Rückbesinnung auf soziale Marktwirtschaft statt Bankenschele

In der Aktuellen Stunde zu den Auswirkungen der Finanz- und Bankenkrise auf NRW hat Angela Freimuth, haushalts- und finanzpolitische Sprecherin der FDP-Landtagsfraktion, eine Rückbesinnung auf die Fundamente der sozialen Marktwirtschaft und die Begrenzung der Staatsverschuldung angemahnt. Die Menschen, die in NRW und weltweit gegen die Rekapitalisierung der Banken demonstrierten oder ganz allgemein ihre Kapitalismus- und Globalisierungskritik zum Ausdruck brächten, müssten selbstverständlich ernst genommen werden. Es sei jedoch unangebracht, die Sorgen und Skepsis der Menschen für populistische Zwecke zu instrumentalisieren.

„Die Bürgerinnen und Bürger erwarten in Zeiten großer Herausforderungen zu Recht, dass die Politik Leitung und Verantwortung übernimmt, Lösungen erarbeitet, geeignete Maßnahmen ergreift und den Menschen die gegenwärtige Situation und entsprechende Handlungsoptionen auch erklärt“, so Freimuth.

Die Trennung von Geschäfts- und Investmentbanken sieht Freimuth allein als keine Lösung an. Diese Trennung habe aller Voraussicht nach negative Auswirkungen auf die Haushalte und Unternehmen und somit auch auf die Realwirtschaft. Zudem gebe eine Trennung allein keine Sicherheit.

Vielmehr sei es angesichts der Krisensituation notwendig, sich auf die Fundamente der sozialen Marktwirtschaft zurückzubedenken und effektive Regeln und Maßnahmen gegen ausufernde Staatsverschuldung zu schaffen. „Wir müssen vor allem Handeln und Haften zusammenzubringen.“

Bankenschele helfe in der gegenwärtigen Situation genauso wenig wie undurchdachte Schnellschüsse von Herrn Gabriel, mit denen vermeintliche Handlungsfähigkeit simuliert werde. Man müsse dabei bedenken, dass es SPD und Grüne waren, die mit ihrer Politik den Stabilitätspakt gebrochen und damit einen Kurs der wachsenden Staatsverschuldung in der EU eröffnet haben.